

BEITRAG

Hermann Adam *

Paradigmenwechsel in der Ökonomie

Mehr Gleichheit von Einkommen und Vermögen – ökonomisch machbar und politisch notwendig

Bis Mitte der siebziger Jahre teilte die Mehrzahl der Ökonomen in Deutschland die Erkenntnis des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes: Die Marktwirtschaft ist instabil und birgt die Gefahr dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit in sich, aus der sie – sich selbst überlassen – nur schwer wieder herausfindet. Um einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern, muss der Staat in den Wirtschaftsprozess eingreifen und gegebenenfalls auch über schuldenfinanzierte öffentliche Ausgaben für eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage sorgen.

Insbesondere ältere Ökonomen, die noch die Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre miterlebt hatten, waren in den sechziger und siebziger Jahren glücklich darüber, dass ihre Disziplin inzwischen gegen derartige Katastrophen ein Rezept hatte. Geradezu mit Stolz schauten sie auf den sozialdemokratischen Wirtschaftsprofessor Karl Schiller, der als Wirtschaftsminister der ersten großen Koalition – unterstützt vom damaligen CSU-Finanzminister Franz-Josef Strauß – die deutsche Wirtschaft aus der ersten kleinen Nachkriegsrezession

1966/67 herausholte und in kurzer Zeit die Vollbeschäftigung wieder herstellte.

Auch mehr als zehn Jahre später wurden keynesianische wirtschaftspolitische Maßnahmen erfolgreich eingesetzt. Mit einem sich über mehrere Jahre erstreckenden Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) gelang es der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Zahl der Beschäftigten von 1975 bis 1980 um 1,4 Millionen zu steigern und die Arbeitslosenquote von 4 Prozent auf 3,3 Prozent zu senken.

Als die zweite Ölpreiskrise zu Beginn der achtziger Jahre die Arbeitslosenzahl erneut steigen ließ, nutzten die konservativen und liberalen politischen Kräfte die Gelegenheit, die keynesianische Wirtschaftspolitik frontal anzugreifen und als Ursache für die wachsenden ökonomischen Probleme, die sich in steigender Arbeitslosigkeit, relativ hohen Inflationsraten und zunehmender Staatsverschuldung manifestierten, hinzustellen. Der eigentliche Hintergrund waren nicht etwa neue Erkenntnisse in der Ökonomie, die einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik nahegelegt hätten. Motiv war

vielmehr, für die Unternehmer politische und gesellschaftliche Macht zurückzugewinnen, die in den Jahren der Vollbeschäftigung und des Ausbaus des Sozialstaats begrenzt worden war.

Die Vollbeschäftigung, die in den sechziger und siebziger Jahren mit Ausnahme einiger Krisenjahre herrschte, war nämlich den Unternehmern ein Dorn im Auge. Die «Überbeschäftigung», wie manche diese Periode bezeichneten, brachte «das Kapital» sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch gegenüber der Politik in eine ungünstige Position. Der leer gefegte Arbeitsmarkt zwang die Unternehmen dazu, den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zahlreiche Zugeständnisse zu machen. Die Reallohn der Arbeitnehmer stiegen in den sechziger und siebziger Jahren langfristig schneller als die Arbeitsproduktivität mit der Folge, dass sich die Lohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen – erhöhte und sich die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer veränderte. Die Konzentration der Vermögen, die in den fünfziger Jahren zugenommen hatte, setzte sich nicht weiter fort.

Im politischen Machtkampf mussten die Unternehmer mit der Verabschiedung der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes 76 empfindliche Niederlagen hinnehmen. Zwar blieb die Erweiterung der Mitbestimmung hinter den Vorstellungen der Gewerkschaften zurück. In der Folgezeit erwies sich das Gesetz für die Arbeitnehmer dennoch als sehr vorteilhaft, weil es in der betrieblichen Praxis gelang, bei Unternehmensentscheidungen die Interessen der Beschäftigten besser zu wahren und soziale Nachteile abzufedern.

Politischer Macht- und ökonomischer Paradigmenwechsel 1982

Die «geistig-moralische Wende» – eine Formel, mit der Helmut Kohl den wirtschaftspolitischen Kurswechsel Ende 1982 verbräme – war der Höhepunkt einer konservativ-liberalen Kampagne, mit der die keynesianische Wirtschaftspolitik diskreditiert wurde. Zwar versprach die CDU/FDP-Koalition, die Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik zu rücken. Doch ungeachtet dieser Rhetorik haben die konservativ-liberalen politischen Kräfte in Wirklichkeit kein wahres Interesse an Vollbeschäftigung.

Bereits 1943 hat der polnische Ökonom Michal Kalecki darauf hingewiesen, dass sich die «Führer der Wirtschaft» einer durch staatliche Wirtschaftspolitik herbeigeführten Vollbeschäftigung widersetzen, weil ihnen die damit einhergehenden sozialen und politischen Veränderungen nicht behagen (Kalecki 1943). Ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit ist der Kapitalseite als Disziplinierungsmittel gegenüber den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften hochwillkommen. Mittlerweile haben auch moderne politikwissenschaftliche Ansätze diese unterschiedlichen Interessenlagen und Präferenzen von Kapital und Arbeit bei der Formulierung wirtschaftspolitischer Strategien aufgegriffen und in ihre Analysen einbezogen (vgl. Scharpf 2000, 376). Es ist deshalb davon auszugehen: Die Bekenntnisse der konservativ-liberalen politischen Lagers zum Ziel der Vollbeschäftigung sind nicht ernst zu nehmen.

Mit dem weltweiten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel Anfang der achtziger Jahre hin zu einer angebotsorientierten, monetaristischen Wirtschaftspolitik begann auch bei der Mehrheit von Deutsch-

lands Ökonomen eine neue Sichtweise der Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge. Die Ursache von Arbeitslosigkeit wurde nicht mehr in unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, sondern im fehlenden Selbstvertrauen der Wirtschaft gesehen, das vor allem auf die in den siebziger Jahren stattgefundenen Erhöhungen der Staatsquote, der Abgabenquote und der Staatsverschuldung zurückgeführt wurde (Lambsdorff 1982, II. Abschnitt). Um die Wachstumsschwäche der Wirtschaft zu überwinden und (angeblich) Vollbeschäftigung wiederherzustellen, sollte der Staat auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden (Kohl 1983, 56). Konkret hieß das: Um das Vertrauen der Wirtschaft wiederherzustellen und sie zu Investitionen zu motivieren, mussten Staatsausgaben-, Abgaben- und öffentliche Verschuldungsquote reduziert werden. Durch Kürzungen bei den Sozialausgaben sollten steuerliche Entlastungen bei den Unternehmen und damit höhere Gewinne ermöglicht werden. Höhere Gewinne sollten zu mehr Investitionen und damit zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen führen. Mit anderen Worten: Durch Abbau des Sozialstaates und eine Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmer sollte langfristig die Beschäftigungslage wieder verbessert werden.

Dieses neoliberale Paradigma wurde nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in den meisten Industrieländern quasi über Nacht zur herrschenden Lehre in der Ökonomie. Viele hoch angesehene Keynesianer, darunter auch das einflussreiche Gründungsmitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herbert Giersch, wandten sich vom Keynesianismus ab und

befürworteten seitdem angebotspolitische Maßnahmen. Es entsprach geradezu dem Zeitgeist, kein Keynesianer mehr zu sein, sondern dem «neuen Glauben an die Marktkräfte» anzuhängen. Für eine Universitätskarriere war es der nachwachsenden Wissenschaftlergeneration geradezu angeraten, dem Keynesianismus abzuschwören und sich dem neoliberalen Mainstream anzuschließen. Schließlich entschieden in unserem Universitätssystem die etablierten Professoren über die Neubesetzung von Lehrstühlen. Und niemand wollte sich mehr die Blöße geben, der Politik keynesianische Instrumente zu empfehlen – die Betroffenen hätten riskiert, als nicht mehr auf der Höhe der Zeit angesehen zu werden.

Für die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung hatte dieser Paradigmenwechsel allerdings fatale Folgen. In allen Ländern öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich – bei den einen früher, bei den anderen später, je nachdem, wie konsequent die Regierungen angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, sank auch in Deutschland die beschäftigtenstrukturbereinigte Lohnquote, die den Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen ausdrückt – mit Beginn der achtziger Jahre deutlich. Der langfristige Abwärtstrend wurde nur durch die Sondersituation unterbrochen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland entstand. (Da es in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung nur wenige Unternehmer in den neuen Bundesländern gab, stieg die Lohnquote vorübergehend und rein rechnerisch wieder an. Das unterbrach nur den langfristigen Abwärtstrend und stellte keine Kehrtwende der langfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer dar.)

Auch ein anderer Indikator, der die Ungleichheit der Einkommensverteilung misst, zeigt das gleiche Verlaufsmuster. So blieb der Anteil der oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher am Gesamteinkommen in den sechziger und siebziger Jahren nahezu unverändert, stieg jedoch nach dem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel ab den achtziger Jahren kontinuierlich an. Das könnte man noch hinnehmen, wenn sich die Erwartungen der neoliberalen Ökonomen erfüllt hätten und sich parallel zur wachsenden Ungleichheit der Einkommensverteilung das Wirtschaftswachstum beschleunigt und die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert hätte. Doch gerade das Gegenteil ist eingetreten. Gerade in den früheren Jahren, als die Einkommen gleichmäßiger verteilt waren und die Arbeitnehmer sich ein größeres Stück vom gesamtwirtschaftlichen «Kuchen» abschneiden konnten, nämlich von 1960 bis 1980, herrschte Vollbeschäftigung bei hohen Wachstumsraten, während nach 1980 die Arbeitslosigkeit Rekordmarken erreichte und das Wachstum deutlich schwächer ausfiel.

Politische Folgen steigender Ungleichheit

Aus der wachsenden Ungleichheit der Einkommensverteilung und der daraus folgenden zunehmenden Vermögenskonzentration ergaben sich schleichend politische und gesellschaftliche Probleme, die das Funktionieren der Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft immer mehr gefährden. Mit den wachsenden Einkommensdisparitäten sank, wie das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung nachgewiesen hat, in allen westlichen Demokratien die Wahlbeteiligung. Lag sie in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten im Schnitt noch bei 83,2 Prozent, fiel sie in

den achtziger Jahren bereits auf 80,3 Prozent ab. In den neunziger Jahren gingen nur noch 76,3 Prozent und nach der Jahrtausendwende nur noch 72,5 Prozent zu den Wahlen (Schäfer/Streeck 2013, 11).

Auch Deutschland folgte diesem langfristigen internationalen Trend. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 betrug die Wahlbeteiligung nur noch 71,5 Prozent gegenüber 91,1 Prozent im Jahr 1972. Besonders schwer wiegt dabei: Die Wahlenthaltung erstreckt sich nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten. Insbesondere schwächere soziale Gruppen verzichten auf die Ausübung ihres Wahlrechts, weil sie nicht mehr glauben, damit ihre Situation der Ausgrenzung von der Gesellschaft ändern zu können. Der wachsenden ökonomischen Disparität folgt also der Verlust politischer Gleichheit (Schäfer 2015). Die Demokratie, deren Ziel es war, durch das Prinzip «one man, one vote» gerade die Armen bei der politischen Willensbildung mit den Reichen gleichzustellen und so einen fairen Ausgleich der Interessen zu gewährleisten, wird dadurch ausgehöhlt.

Letztlich kommt diese politische Abstinenz der Unterschichten den bürgerlichen Parteien zugute. So ist – wie Schäfer belegt hat – die Wahlbeteiligung in «städtischen Problemgebieten», bei denen es sich in der Regel um frühere Arbeiterviertel und SPD-Hochburgen handelt, seit den siebziger Jahren sehr viel stärker gesunken als in von Arbeitslosigkeit und Armut weniger betroffenen Vierteln. So besteht heute ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Lage eines Stadtteils und der Wahlbeteiligung sowie dem Wahlergebnis. Je ärmer ein Stadtteil, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus und desto besser schneiden Mitte-Links-Parteien ab, während umge-

kehrt CDU und FDP relativ und absolut ihre besten Ergebnisse in wohlhabenden Vierteln erzielen (Schäfer 2015, 165). Letztlich ist dieses Ergebnis paradox: Diejenigen politischen Kräfte, die durch ihren wirtschafts-politischen Paradigmenwechsel in den achtziger Jahren den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich ausgelöst haben, gehen jetzt gestärkt aus den Wahlen hervor.

Gesellschaftliche Folgen wachsender Ungleichheit

Neben den Verzerrungen der Wahlergebnisse löst wachsende Ungleichheit in allen Ländern eine Fülle gesellschaftlicher Probleme aus. Mit steigenden Einkommensdisparitäten – so das Fazit der Untersuchungen des britischen Wirtschaftshistorikers Richard Wilkinson und der amerikanischen Ernährungswissenschaftlerin und Epidemiologin Kate Pickett – schwindet der Zusammenhalt der Menschen. Das gegenseitige Misstrauen wächst, soziale Bindungen lösen sich auf, die Hilfsbereitschaft wird geringer, Gewalt, Kriminalität und Drogenmissbrauch nehmen zu. Zudem werden die Anforderungen am Arbeitsplatz ständig größer. Immer mehr fühlen sich überfordert, und zwar Manager und «einfache Arbeitnehmer» gleichermaßen. Folge: Die Zahl kranker, depressiver, todunglücklicher oder übergewichtiger Menschen steigt (Wilkinson/Pickett 2010), die Krankheitskosten wachsen, die Belastung der Sozialsysteme nimmt weiter zu.

Spätestens seit Erscheinen dieses bahnbrechenden Werks sollte eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht mehr als unbilliges Anspruchsdenken von Leistungsschwachen oder Leistungsunwilligen abqualifiziert werden.

Auch mit Neidkomplexen hat die Forderung nach mehr Gleichheit absolut nichts zu tun. Auch Wohlhabende würden von einer egalitäreren Verteilung profitieren. So sind beispielsweise – das zeigen soziologische Befunde – Menschen in Ländern mit mehr Gleichheit insgesamt gesünder, und das betrifft auch das reichste und am besten gebildete Viertel oder Drittel einer Gesellschaft. Sogar bei der Lese-Schreib-Kompetenz schneiden Kinder von Eltern mit dem höchsten Ausbildungsniveau besser ab, wenn sie in Ländern mit höherer Gleichheit wie Finnland und Belgien leben als in Großbritannien und den USA, die beide jeweils eine größere Einkommensspreizung aufweisen.

Ökonomische Folgen zunehmender Ungleichheit

Jahrzehntelang wurde eine hohe Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen vom ökonomischen Mainstream mit dem Argument gerechtfertigt, sie sei der Preis, den eine Gesellschaft für wirtschaftliches Wachstum bezahlen müsse. Nur eine größere Spreizung der Einkommen biete ausreichend große materielle Anreize, um sog. «Leistungsträger» zu motivieren und Investitionen anzuregen. Von dem dadurch ausgelösten Wirtschaftswachstum profitierten letztlich alle, weil die unteren Einkommen auch daran teilhaben (Trickle-down-Theorie).

Dieser Zusammenhang galt zweifellos für die sechziger und siebziger Jahre, als die Arbeitsplätze sicher waren und auch die Realeinkommen der Arbeitnehmer kräftig stiegen. Doch gerade in den sog. «Wirtschaftswunderjahren» sank der Anteil der Unternehmens- und Kapitaleinkommen am Volkseinkommen, und die unverteilten Gewinne der Unternehmen – somit die

Eigenkapitalbasis für Investitionen – lagen auf relativ niedrigem Niveau. Gleichwohl stiegen die privaten Bruttoanlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) kontinuierlich an, und auch die Wachstumsraten in der alten Bundesrepublik waren höher als in den späteren Dekaden. Als dagegen die Ungleichheit nach dem wirtschaftspolitischen Paradigawechsel zunahm, fiel das Wachstum geringer aus, und das, obwohl die unverteilt Gewinne seitdem kräftig angestiegen sind. Es gibt also keinen empirisch belegbaren engen Zusammenhang zwischen der Höhe der unverteilt Gewinne, den Bruttoanlageinvestitionen und dem wirtschaftlichen Wachstum. Die empirischen Daten sprechen eher dafür, dass genau der gegenteilige Zusammenhang zwischen Verteilung und Wachstum als der von den neoliberalen Ökonomen immer behauptete besteht, nämlich: Eine große Ungleichverteilung der Einkommen bremst das Wachstum (Brenke/Wagner 2013), während durch eine egalitäre Einkommensverteilung das Wachstum gefördert wird.

Auch neuere ökonomische Studien widerlegen das neoliberale Paradigma. So konnten drei Ökonomen der OECD, der Harvard-Universität und der Australian National University in einer Gemeinschaftsuntersuchung von zwölf entwickelten Industrieländern im Zeitraum von 1905 bis 2000 nur einen ganz minimalen Zusammenhang zwischen dem Einkommensanteil der Topverdiener (den obersten zehn Prozent) und dem Wirtschaftswachstum feststellen (Andrews u. a. 2011). Selbst auf lange Sicht ließ sich bei den restlichen 90 Prozent kein positiver Einkommenseffekt im Sinne der erwähnten Trickle-down-Theorie ermitteln (Andrew 2011, 38). Selbst das Institut der deutschen Wirtschaft kam bereits vor

über zehn Jahren zu dem Ergebnis: «Beim Verhältnis von Wachstum und Verteilung kann nicht von einer eindeutigen Wirkungsrichtung ausgegangen werden.» (Grömling 2001, 85).

In gleicher Weise haben Ökonomen des Internationalen Währungsfonds jüngst die schädlichen Wirkungen hoher Ungleichheit für das Wirtschaftswachstum betont. In ihrer 2014 mit ausdrücklicher Genehmigung des IWF-Chefökonomen Olivier Blanchard veröffentlichten Untersuchung, die sowohl Daten für die OECD-Staaten als auch für Nicht-OECD-Staaten im Zeitraum von 1960 bis 2000 analysiert, kommen sie zu dem Ergebnis: Umverteilung bremst das Wachstum nicht. Im Gegenteil: Länder, die nach fiskalischer Umverteilung eine geringere Ungleichheit aufweisen, verzeichnen im Durchschnitt ein höheres Wirtschaftswachstum als solche mit sehr großen Einkommensunterschieden. Hohe Ungleichheit schadet dem Wachstum, weil es z. B. vielen den Zugang zum Gesundheitswesen und zu Bildung versperrt, also das Humankapital beeinträchtigt. Das unterminiert die politische und wirtschaftliche Stabilität eines Landes, was Unternehmen mit Investitionen zögern lässt. Und es gefährdet den sozialen Konsens, der nötig ist, um auf große Schocks zu reagieren (Ostry 2014, 5).

Die sich nach dem wirtschaftspolitischen Paradigawechsel öffnende Schere zwischen Arm und Reich hat nicht nur das weltweite Wirtschaftswachstum gebremst, er hat auch die Voraussetzungen für das Entstehen der Finanzmarktkrise geschaffen. In allen Ländern wurden seit den achtziger Jahren die Reichen immer reicher, während die Realeinkommen der breiten Masse der Bevölkerung stagnierten bzw. in manchen Jahren sogar sanken. So kann

ten die wohlhabenden Bevölkerungsschichten ihre Ersparnisse immer weiter aufstocken. Sie überschwemmten zusammen mit den nicht in Realkapital investierten unverteilter Gewinnen der Unternehmen die Finanzmärkte und suchten dort nach rentablen Anlagemöglichkeiten. Dieser Prozess wurde durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik einherging, noch zusätzlich verstärkt. Für das riesige Angebot an Ersparnissen fanden sich jedoch zu wenige Investoren, die Kredite aufnehmen und sie in Realkapital (neue Maschinen und Anlagen) investieren wollten. Die Geldschwemme bereitete auch dem Internationalen Währungsfonds Sorgen, der in seinem Economic Outlook vom April 2006 diesem Problem ein eigenes Kapitel mit der Überschrift «Awash with Cash: Why are Corporate Savings so high?» (deutsch: Im Geld schwimmen: Warum sind die Ersparnisse der Unternehmen [= unverteilte Gewinne] so hoch?) widmete.

Der Wunsch von privaten und institutionellen Anlegern nach hohen Renditen bei gleichzeitig fehlender Kreditnachfrage andererseits zwang die Kreditwirtschaft zur Kreation neuer Produkte, die allerdings mit höheren Risiken einher gingen. So war die Grundlage geschaffen, ohne die es nicht zur Finanzmarktkrise gekommen wäre. Die eigentliche Ursache der Turbulenzen auf den Finanzmärkten liegt also nicht in ihrem formalen Auslöser, der Immobilienmarktkrise in den USA, sondern in der immer ungleicher gewordenen Einkommens- und Vermögensverteilung, die zu den Liquiditätsüberschüssen im Finanzsektor geführt hat.

Hohe Ungleichheit – schädlich für Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Ergebnisse sowohl politikwissenschaftlicher als auch ökonomischer und soziologischer Studien aus der jüngsten Zeit weisen also alle in dieselbe Richtung: Ein zu hohes Maß an Ungleichheit ist für ein gedeihliches und glückliches Zusammenleben der Menschen schädlich. Je ungleichmäßiger die Einkommensverteilung und je höher die Arbeitslosigkeit in einem Land ist, desto mehr verbreitet sich in der Gesellschaft eine Ellbogenmentalität und desto geringer wird der soziale Zusammenhalt zwischen den Menschen.

Der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel, den die CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl 1982/83 vollzogen hat, war ein Schritt weg von der sozialen Marktwirtschaft hin zu einem System, das den Starken in der Gesellschaft zu wenig Zügel anlegt. «Wohlstand für alle» lautete der Titel des 1957 von Ludwig Erhard veröffentlichten Buches, in dem er die Leitidee der sozialen Marktwirtschaft beschrieb. Von diesem Ziel eines Wohlstands für alle hat sich die Politik inzwischen weit entfernt. Statt der von Helmut Kohl angekündigten geistig-moralischen Erneuerung ist eine Gesellschaft entstanden, in der Individualismus und Egoismus einen höheren Stellenwert besitzen als Moral und soziale Verantwortung. In leichter Abwandlung des Kernsatzes des Ahlener Programms der CDU vom 3. Februar 1947 könnte man formulieren: «Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.» (Original: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.»)

Das Streben nach dem maximalen eigenen Vorteil, mit dem die liberale Ökonomie das Funktionieren der Wirtschaft erklärt, darf nicht zur alleinigen Verhaltensregel erhoben werden. Wettbewerb heißt, den anderen übertreffen zu wollen. Zwar ist Ansporn zur Leistung Voraussetzung für materiellen Wohlstand. Aber gleichzeitig führt gerade das Konkurrenzdenken, besser als andere sein zu wollen, häufig zu geradezu absurden Fehlentwicklungen. Beispielsweise scheinen im Sport die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit erreicht zu sein. Doch weil Spitzensportler, Vereine und Sponsoren kaum noch nach der Regel «Nicht siegen, dabei sein ist wichtig» verfahren, löst ein Dopingkandal den anderen ab. Das ist die Perversion des an und für sich schöpferischen Wettbewerbgedankens.

Ein anderes Beispiel: In den reichen Industriegesellschaften sind die Märkte einer ganzen Reihe von Produkten gesättigt. Doch statt sich damit zufrieden zu geben, kämpfen die Anbieter auf diesen Märkten verbissen um die Erhöhung ihrer Marktanteile. Die Wortwahl selbst ist verräterisch! Man will Marktanteile erobern (!) und beschreibt damit treffend den eigentlichen Charakter des Handelns: Es herrscht Krieg, es geht um die Vernichtung des Konkurrenten, konkret um die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz und der seiner Mitarbeiter.

Wer in diesem Kampf nicht mithalten kann, bleibt zurück und wird schnell an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Soziologen wie Heinz Bude sprechen von einer Gesellschaft der Angst (Bude 2014): Der Angst, aus dem Tritt zu geraten, schwächer zu sein als andere und den Anschluss zu verlieren. Je unsicherer die Arbeitsplätze, desto härter und unmenschlicher werden Konkur-

renz und Existenzkampf in der Gesellschaft, desto mehr Angst haben die Menschen um sich selbst, ihren Besitz, ihre Zukunft und ihren sozialen Rang. Viele leben in ständiger Furcht vor Verlust, Beschneidung, Zurücksetzung und sozialem Abstieg. «Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit» charakterisierte der Soziologe Ulrich Beck im Untertitel seines vielbeachteten Werkes «Weltrisikogesellschaft» unsere heutige Gesellschaft (Beck 2007). Die Ökonomen Altvater und Mahnkopf sprachen sogar von einer «Globalisierung der Unsicherheit» (Altvater/Mahnkopf 2002).

Paradigmenwechsel überfällig

Eine auf sozialen Ausgleich zielende Marktwirtschaft, die das Attribut «sozial» auch verdient, wird dauerhaft nur Bestand haben können, wenn der Staat wieder für mehr Gleichheit sorgt und die Einkommensabstände zwischen Arm und Reich deutlich stärker reduziert, als es in den vergangenen dreißig Jahren geschehen ist. Nichts anderes hat das Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil von 1956 gefordert, als es der Politik ins Stammbuch schrieb: «Der Staat ist ein Instrument der ausgleichenden sozialen Gestaltung ... Vorzüglich darum ist das Sozialstaatsprinzip zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden; es soll schädliche Auswirkungen schrankenloser Freiheit verhindern und die Gleichheit fortschreitend bis zu dem vernünftigerweise zu fordernden Maße verwirklichen.» (BVerfGE 5, 85, 2372f.)

Ende 2013 verfügten die in Deutschland ansässigen Unternehmen laut Auswertung ihrer Jahresberichte durch die Deutsche Bundesbank über ein Geldvermögen von 2.216 Mrd. Euro (Deutsche Bundesbank 2014 a), das entspricht in etwa der

gesamten Staatsverschuldung Deutschlands. Dank dynamischer Gewinnentwicklung konnten die Kapitalgesellschaften 2012 ihre Nettoinvestitionen erneut zu einem Großteil aus Eigenmitteln finanzieren, so dass es auch in diesem Jahr zu einem Finanzierungsüberschuss von fast 36 Mrd. Euro kam (Deutsche Bundesbank 2014 b, 13, 60. [Zahlen für 2013 und 2014 liegen noch nicht vor]). Umverteilungsmasse bei den Unternehmen ist also genügend vorhanden.

Ökonomischer Spielraum für mehr Umverteilung besteht auch deshalb, weil Deutschland beim Unternehmenssteueraufkommen mittlerweile mit einem Anteil von nur 1,5 Prozent sogar noch hinter den USA, Japan, Großbritannien und Frankreich liegt. Deshalb kam der Politikwissenschaftler Uwe Wagschal bereits 2005 zu Recht zu der Schlussfolgerung: «Deutschland ist nicht das Paradebeispiel eines Hochsteuerlandes.» (Wagschal 2005, 79) Skandinavische Staaten wie Dänemark, Norwegen und Schweden beweisen seit langem, dass es möglich ist, eine florierende Wirtschaft mit einer egalitäreren Einkommensverteilung zu verbinden (Adam 2014, 698). Die Politik muss eine Änderung der Verhältnissen also nur wollen. Wer wäre berufen als die SPD, zusammen mit den Gewerkschaften diese Umverteilung einzuleiten?

Literatur

- Adam, H. (2014): Mehr Gleichheit von Einkommen und Vermögen – ökonomisch machbar und politisch notwendig. In: *Wirtschaftsdienst* 10/2014.
- Altvater, E./Mahnkopf, B. (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*. Münster.
- Andrews, D./Jencks, Ch./Leigh, A. (2011): Do Rising Top Incomes Lift All Boats? In: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*: Vol. 11: Iss. 1 (Contributions), Article 6.
- Beck, U. (2007): *Weltriskogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Bonn.
- Brenke, K./Wagner, G. (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: *Wirtschaftsdienst* 2/2013, S. 110–116.
- Bude, H. (2014): *Gesellschaft der Angst*. Hamburg.
- Deutsche Bundesbank (2014a): *Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2013*. Frankfurt a. M.
- (2014b): *Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland (2008–2013), Juni 2014*. Frankfurt a. M..
- Grömling, M. (2001): *Ist Ungleichheit der Preis für Wohlstand? Zum Verhältnis von Wachstum und Verteilung*. Köln.
- Kalecki, M. (1943): Political Aspects of Full Employment. In: *Political Quarterly* Vol. 14 (1943), S. 322–331. Deutsche Übersetzung, abgedruckt in: Frey, B. S./Meißner, W. (Hg.): *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie. Marxismus und ökonomische Theorie der Politik*. Frankfurt a. M. 1974.
- Kohl, H. (1983): Plenarprotokoll 10/4 des Deutschen Bundestages vom 4.5.1983 (Regierungserklärung).
- Lambsdorff, O. (1982): *Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit*. Bonn (Lambsdorff-Papier).

Beitrag

- Ostry, J. D./Berg, A./Tsangarides, Ch. G. (2014): *Redistribution, Inequality, and Growth*. Washington (IMF Staff Discussion Note 14/02), S. 4.
- Schäfer, A./Streeck, W. (2013): Introduction: Politics in The Age of Austerity. In: *Politics in the Age of Austerity*. Cambridge.
- Schäfer, A. (2015): *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt a. M./New York.
- Scharpf, F. W. (2000): *Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Opladen.
- Wagschal, U. (2005): *Steuerpolitik und Steuerreformen im internationalen Vergleich*. Münster.
- Wilkinson, R./Pickett, K. (2010): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin.